

: „Alleine grübeln bringt uns nicht weiter.“

In Fragen der Inklusion und deren praktischer Ausgestaltung setzt der Bayerische Jugendring (BJR) auf Austausch und Vernetzung.



BLANKA WEILAND

arbeitet seit 1986 beim BDKJ in Nürnberg und ist Rollstuhlfahrerin. Sie ist im Vorstand im Bezirksjugendring Mittelfranken und im KJR Erlangen-Höchststadt und arbeitet in der Kommission Inklusion des Kreisjugendrings Nürnberg Stadt und in der Arbeitsgruppe barrierefrei des Bezirksjugendrings Mittelfranken mit. Von Beginn an war sie in der Arbeitsgruppe des Bayerischen Jugendrings an der Entwicklung der einzelnen Prozesse beteiligt. Aktuell ist sie Vorsitzende der Kommission Inklusion des Bayerischen Jugendrings (BJR).



FRIEDRIKE VON VOIGTS-RHETZ

ist seit 2016 beim BJR. 2015 wurde in der Vollversammlung Inklusion als Schwerpunktthema beschlossen. Durch ein Aktion-Mensch-Projekt wurde dann von 2016 bis 2019 zum ersten Mal ein Inklusionsprojekt umgesetzt. Mit Auslaufen dieses Projekts konnte eine Fachstelle Inklusion eingerichtet werden, die aus Mitteln des Kinder- und Jugendprogramms der Bayerischen Staatsregierung mit einer Teilzeitstelle dauerhaft finanziert wird. Ein weiteres dreijähriges Aktion-Mensch-Projekt läuft gerade.

Hallo ihr zwei! Was versteht ihr unter Inklusion? Und was bedeutet inklusive Jugendarbeit für euch?

Friederike: Wir verwenden Inklusion als engeren Begriff mit Fokus auf Menschen mit Behinderung. Aber der weite Inklusionsbegriff ist für den Bayerischen Jugendring natürlich auch wichtig. In unserem letzten Positionspapier beschreiben wir Inklusion so: Inklusion, das ist eine Gesellschaft, in der Vielfalt normal ist. Teilhabe bedeutet, dass junge Menschen mit Behinderung gehört und beteiligt werden. Selbstbestimmung steht dabei im Mittelpunkt. Das bedeutet auch, bestehende Strukturen immer wieder zu hinterfragen und zu überprüfen: Was muss verbessert werden, damit Teilhabe funktioniert? Damit beschäftigt sich unsere „Kommission Inklusion“, deren Mitglieder aus der Jugendarbeit und aus der Behindertenhilfe kommen.

Blanka: Man braucht Partner_innen und Kontakt auf Augenhöhe mit allen Beteiligten, also auch Eltern und Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung. Die Basis dafür muss geschaffen werden, es braucht eine enge Verzahnung zwischen Behindertenhilfe und Jugendhilfe.

Wie kann diese Vernetzung gelingen und ausgeweitet werden, um nicht nur für einzelne Projekte und Personen zu gelten?

Friederike: Hier bei uns haben wir ein Expert_innen-Netzwerk für inklusive Jugendarbeit in Bayern gegründet. Darin sind Landesverbände, Vertreter_innen der Behindertenhilfe, Jugendringe und Jugendverbände vertreten. In diesem

Netzwerk gelingt uns ein stetiger Austausch, wir veranstalten zum Beispiel Fachtage und es ist eine gute Austauschplattform, auch um vor Ort in Kommunen, wo Angebote entstehen sollen oder Fragen aufkommen, Expert_innen und Ansprechpartner_innen zu finden.

Aus diesem eher losen Expert_innen-Netzwerk wurde dann die Kommission Inklusion beim BJR eingerichtet. Damit hat das Thema auf Vollversammlungen einen sehr hohen Stellenwert, es werden Positionspapiere verfasst und Forderungen gestellt. Ein landesweiter Arbeitskreis kann auch für andere Landesjugendringe ein guter Ausgangspunkt sein.

Zudem versucht der BJR kontinuierlich seine internen und externen Strukturen barrierefreier zu machen und zu reflektieren.

Welche politischen Forderungen habt ihr in Bezug auf die Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes in der Kinder- und Jugendarbeit?

Blanka: Man bräuchte ein Fachprogramm, so wie beispielsweise die deutsch-polnischen, deutsch-französischen Jugendaustausche. So ein Programm braucht es für inklusive Jugendarbeit auch. Durch die Novellierung werden hoffentlich Antragsverfahren, sofern sie denn möglich gemacht werden, auch möglichst unkompliziert werden. Die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetscher_innen, Assistenzen usw. muss für Fahrten, Freizeiten und Jugendbegegnungen und all das geregelt werden und einfach zu beantragen sein, auch ohne das ein halbes Jahr im Voraus zu planen.

Friederike: Genau, es braucht ein Förderprogramm für die Mehrkostenförderung. Egal für welchen Bereich müssen diese Mehrkosten abrechenbar sein. Außerdem braucht es die geplanten Verfahrenslots_innen, denn wir müssen ja auch unsere eigenen Strukturen beraten und weiterbilden können. Bayernweit gibt es zwar bereits ein paar Pilotprojekte, also Gemeinden, die daran bereits arbeiten, aber Standard soll das erst ab 2024 werden. Diese Lots_innen sollen dann in der Kinder- und Jugendhilfe beratend tätig sein. Sie sollen auf kommunaler Ebene geschult werden, aber es ist noch immer nicht klar, wie das genau umgesetzt werden soll. Wenn Inklusion gefordert wird, Maßnahmen inklusiv angeboten werden sollen, dann müssen die Kommunen jetzt die Jugendarbeit finanzieren und Gelder bereitstellen. Aber natürlich geht es nicht nur um Geld. Es braucht auch das Wissen darüber, also Schulungen über Inklusion und die Strukturen und Abläufe in der Kinder- und Jugendarbeit.

Wenn wir den Blick weiten: Was braucht es noch alles, damit Inklusion als gesellschaftliches Ziel, sozusagen als Normalzustand erreicht werden kann? Das geht jetzt in eine politisch-aktivistische Richtung... es geht um Empowerment, um Communities und Aneignung von Begriffen und Räumen, ein bisschen wie im LSBTI*Q-Bereich. Was ist euch in dieser Hinsicht wichtig?

Friederike: Kinder und Jugendliche mit Behinderung brauchen eine bessere Lobby. Jugendarbeit ist ja per se offen, es dürfen alle kommen. Aber es mangelt noch an einer gelungenen Außenwirkung, wie einem Sprachraum nach Außen für Eltern, dass Dinge klar als inklusiv erkennbar werden. Was wir jetzt machen wollen, ist eine Art Inklusions-Label oder Logo für unsere Maßnahmen einzuführen. Damit soll dargestellt werden, was für eine Maßnahme alles überlegt und angepasst wurde, und nach außen soll klar erkenntlich werden, dass die Teilhabe für alle bzw. bestimmte Zielgruppen von jungen Menschen mit Behinderung gewollt und möglich ist. Klar muss nicht alles für alle sein. Aber was zugänglich ist, muss auch besser erkennbar sein, gerade für Eltern. Das große Ziel ist natürlich, dass irgendwann alles möglich ist und wir für all das Fördergelder haben.

Blanka: Außerdem muss es schon im Kindesalter anfangen, dass keine so große Distanz mehr aufgebaut wird zwischen Kindern mit und ohne Behinderung. Wenn das mal anders gelebt und erlebt worden ist, dann sind Menschen mit Behinderung auch irgendwann Firmenchef_innen, dann wird sich in der Gesellschaft etliches gewandelt haben.

Friederike: Das fängt natürlich bei inklusiven Bildungseinrichtungen an. Wenn es mehr inklusive Kitas und Schulen gäbe, wenn das von Anfang an die Regel wäre, dann bräuchten wir nicht im Bereich Freizeit die Öffnungsprozesse für die Zielgruppe.

Ja, teilweise wachsen wir ja wirklich in separaten Welten auf.

Blanka: Das stimmt. Aber zugleich ist es auch wichtig, dass es spezielle Angebote gibt, zum Beispiel Volleyball nur für Gehörlose Jugendliche oder einen Jugendtreff nur für Blinde oder was auch immer. Denn der Austausch in bestimmten Gruppen ist auch wichtig. Und da sollte man nicht sagen „ihr müsst jetzt inklusiv sein“, sondern diesen Freiraum geben, wenn er gewünscht ist.

Friederike: Ich denke, es wäre wichtig, dass besonders die Kinder und Jugendlichen, die tagsüber in einer Förderschule und danach in einer heilpädagogischen Einrichtung sind, Wahlmöglichkeiten bekommen, die freie Zeit, die sie dann täglich noch haben, auch in Jugendarbeitsangeboten zu verbringen. Sie sollen mitbekommen, was ihre Jugendarbeit vor Ort macht und die Chance haben, Jugendliche und Gleichgesinnte vor Ort kennenzulernen, sie sollen über die Angebote Bescheid wissen, über den Jugendtreff oder das Jugendzentrum in ihrer Gegend. Man muss nicht mit einem Fahrdienst quer durch die Stadt gefahren werden, nur, weil dort die Schule ist. Es braucht also einerseits „Rückzugsorte“, spezifische Angebote, aber eben auch die Möglichkeit, sich selbst dafür entscheiden zu können, in einem regulären Angebot dabei zu sein. Wir hoffen, dass sich uns viele Landesjugendringe anschließen. Denn wir sind noch lange nicht da, wo wir hinwollen. Es wäre schön, wenn es überall Ansprechpersonen gäbe, die sich zuständig fühlen.

Blanka: Vielleicht muss man auch die Kreis- und Stadtjugendringe bzw. Bezirksjugendringe mit ins Boot holen. Was läuft da schon, was ist schon Standard? Dadurch entstehen vielleicht Schneeball-Effekte, um das Thema weiter zu verbreiten. Das Know-how muss auf der Landesebene professionalisiert werden. Die Umsetzung erfolgt dann ja mehr „an der Basis“.

Friederike: Die Workshops unserer Reihe „Fit für Inklusion“ kommen sehr gut an. Kurze digitale Abendveranstaltungen, an denen Leute, auch wenn sie nicht viel Zeit haben, einfach mal teilnehmen und reinschnuppern. Wir laden dann auch Leute aus der Behindertenhilfe ein. Der Austausch zwischen unseren Strukturen der Jugendarbeit und der Behindertenhilfe ist extrem wichtig, um kennenzulernen, wie die jeweils anderen Strukturen eigentlich funktionieren. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit diesem Format gemacht. Das Projekt „Fit für Inklusion“ läuft jetzt aus, aber dieses Veranstaltungsformat werden wir beibehalten.

Wie ist es mit inklusiven Juleica-Schulungen, bietet ihr die an?

Friederike: Da sind wir dran. Im November machen wir unser Netzwerktreffen zu inklusiver Juleica. Wir wollen sammeln, was es da schon alles gibt und wie es weiterentwickelt werden kann.

Beide: Wichtig ist auf jeden Fall die Vernetzung. Alleine grübeln und Wissen anhäufen bringt uns nicht weiter.

Das Interview führte Laura Seyfang.